Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 30 Pfg. Bringerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg. Post-Bestellgeld. Einzel-Nr. 10 Pfg., Sonnabend- u. Festtags-Nr. 20 Pfg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf des Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unsere Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Sächsische Volkszeitung

Nummer 221 — 36. Jahrg.
Verlagsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.; für Familienanzeigen 5 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pollerstraße 17, Fernruf 21013, Postscheck: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Dienstag, 21. September 1937

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort ist Dresden

Eisenbahnunglück in Westfrankreich

Zwei Personenzüge aufeinandergefahren

Acht Tote, 15 Verletzte

Paris, 21. Sept. In der Nacht vom Montag zum Dienstag fuhren um 1,30 Uhr bei Varo, 15 km von Angoulême entfernt, in Richtung Paris zwei Personenzüge aus bisher noch unbekannten Gründen aufeinander auf. Durch den Anprall wurden fünf Wagen aus den Gleisen geschleudert. Aerzte und Hilfspersonal aus Angoulême sowie zu den Aufräumungsarbeiten herangezogene Truppen bargen aus den Trümmern acht Tote und 15 Verletzte. Ein Eisenbahnwagen konnte bisher noch nicht freigelegt werden.

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes verlautet, daß der eine Zug, ein D-Zug, wegen eines geringfügigen Schadens auf der Strecke anhalten mußte, ohne jedoch am Zugende für das erforderliche Signal zu sorgen, so daß also der in einem Abstand von fünf Minuten folgende Personenzug auf ihn auffahren mußte. Zwei Wagen des haltenden Zuges wurden umgeworfen und zwei weitere ineinander geschoben. Der Eisenbahnverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten und erlitt mehrstündige Verspätungen.

Sorgen um den französischen Franken

Weiteres Fallen erwartet.

London, 21. Sept. Zur gestrigen Unterredung des französischen Botschafters Corbin mit dem Ministerpräsidenten Chamberlain berichtet „Daily Expreß", daß diese Unterredung auf Bitten des französischen Botschafters hin erfolgt sei. Gegenstand der Besprechung sei die schwierige Lage des französischen Franken gewesen. In unterrichteten Kreisen erwarte man, daß der Franken auch weiterhin fallen werde. Seit Ausbruch der neuen Frankenkrise stünden die Unterzeichnerstaaten des Dreier-Währungsabkommens in ständiger Verbindung. Der französische Botschafter habe gestern Chamberlain bestimmte Vorschläge bezüglich der Währungsfrage des Franken vorgelegt, über deren Inhalt allerdings noch nichts bekannt sei.

Große Hochwasserschäden in Oberitalien

Zwei Todesopfer.

Mailand, 21. Sept. Das Hochwasser in Oberitalien hat weitere Opfer gefordert und neue große Sachschäden angerichtet. In Como ist der See über die Ufer getreten und hat den Cavour-Platz überschwemmt. Durch das Hochwasser des Iseo-Sees wurden mehrere Ortschaften überflutet. Eine Spinnerei mußte ihren Betrieb einstellen, weil die im Keller und Erdgeschoß liegenden Fabrikräume unter Wasser stehen. Während eines Gewitters kamen auf der Straße von Mailand nach Como zwei Personen ums Leben. An mehreren Orten in der Lombardei richteten Hagelschläge große Verwüstungen an.

In Südtirol haben sich verschiedene Erdrutsche ereignet. Auf einigen Gebirgsstraßen war der Verkehr zeitweise gestört. In der Brianza verschüttete eine Mure bei Carate die Eisenbahnstrecke nach Monza.

Schwerer japanischer Luftangriff auf Kanton

Schanghai, 21. Sept. (Ostasiendienst des DNB.) Die südchinesische Stadt Kanton erlebte am Dienstag morgen den bisher schwersten Luftangriff. Etwa 30 japanische Flugzeuge warfen trotz starker chinesischer Abwehr zahlreiche Bomben ab.

Japaner bedrohen die Provinz Suiyuan

Der Rückzug der chinesischen Truppen in Gefahr

Tokio, 21. September. (Ostasiendienst des DNB.) Der in der Provinz Schansi operierende japanische Heeresteil meldet die Einnahme von Shakukow, rund 60 Kilometer westlich von Fengcheng. Der genannte Ort gilt als wichtige Schlüsselstellung an der Großen Mauer und beherrscht die innermongolische Ebene zwischen der Großen Mauer und der Hauptstadt der Provinz Suiyuan, Kweisui. Die japanischen Truppen erhalten damit die Möglichkeit, den Rückzug der in der Provinz Suiyuan stehenden chinesischen Formationen abzuschneiden.

Weiterer Vormarsch an der Asturien-Front

Der nationale Heeresbericht vom Montag

Salamanca, 21. September. Im nationalspanischen Heeresbericht vom Montag heißt es: Asturien-Front: An der Ostfront setzten unsere Truppen trotz des schlechten Wetters und eines wolkenbruchartigen Regens ihren Vormarsch fort und besetzten im Südosten der wichtigen Straßenkreuzung von Ribadesella zahlreiche Ortschaften. Zur Stunde dieses Heeresberichtes dauert der Vormarsch der nationalen Truppen an. Der feindliche Widerstand wurde überall unter starken Verlusten für den Gegner gebrochen. Das erbeutete Kriegsmaterial ist umfangreich. Auch die Zahl der Gefangenen und der zu den Nationalen übergelaufenen Milizen ist beträchtlich. — An der Westfront Infanterie- und Artilleriefeuer. — Leon: Trotz des schlechten Wetters und mehrerer Gegenangriffe des Feindes gingen unsere Truppen weiter vor und besetzten u. a. die gesamte Bergkette von Aguila. — Madrid: Der Gegner griff in der Universitätsstadt dreimal unsere Stellungen beim landwirtschaftlichen Institut an und wurde zurückgeschlagen. — Südarmee: An der Cordoba-Front wurden Gegenangriffe des Feindes mit starken Verlusten für ihn abgewiesen.

Immer wieder Hinrichtungen in Sowjetrußland

Genickschuß für 20 Eisenbahnangestellte.

Moskau, 21. Sept. Die Kette der Hinrichtungen im bolschewistischen „Paradies" reißt nicht ab. So berichtet jetzt wieder die fernöstliche Zeitung „Tichoonkeanskaja Sweeda", daß 20 Eisenbahnangestellte in Woroschilow-Ussurijsk wegen terroristischer Akte gegen leitende Persönlichkeiten der Sowjetmacht und wegen „Spionageaufträgen" erschossen worden seien. Ein anderes Blatt wieder verzeichnet sechs Todesurteile, die in Koljuschkino gegen eine „konterrevolutionäre Schädlingsbande" ausgesprochen worden seien. Der „Ural-Arbeiter" berichtet über einen Prozeß gegen leitende Funktionäre der Stadtverwaltung von Tagil, wobei die Angeklagten mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren davongekommen seien. Dem „Charkowskij Rabotschij" zufolge wurden in Kupjansk wegen „landwirtschaftlicher Schädlingstätigkeit" drei Todesurteile gefällt. Unter den Erschossenen befindet sich der Bezirksparteisekretär und der Vorsitzende des Bezirksvollzugsausschusses.

Zwei Direktoren der Maschinentraktorenstation kommen auf zehn Jahre hinter schwedische Gardinen.

Tolle Vorgänge müssen sich der Moskauer „Komsomolskaja Prawda" zufolge in der jungkommunistischen Organisation des Asow- und Schwarz-Meer-Gebietes ereignet haben. Im Laufe des Sommers habe es dort auf dem Posten des ersten Komsomol-Sekretärs nacheinander drei Absetzungen gegeben.

Erwünschte Begegnungen französischer und deutscher Jugend

Paris, 21. September. In Avallon ist das deutsch-französische Studentenlager, das am 10. September begonnen wurde und einen außerordentlich erfolgreichen Verlauf genommen hatte, beendet worden. Die Mannschaften trennten sich mit dem Entschluß, die Begegnungen zwischen der deutschen und französischen Jugend künftig mit allen Kräften zu fördern und in ihr festes Programm aufzunehmen.

Steuerbegünstigter Neuhausbesitz in der Landwirtschaft

Für die Durchführung des Grundsteuergesetzes ist ein neuer Erlaß des Reichsfinanz- und des Reichsinnenministers ergangen, der u. a. den steuerbegünstigten Neuhausbesitz innerhalb des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens behandelt. Die Befreiungsvorschriften nach dem Realsteuersenkungsgesetz sind grundsätzlich auch auf Wohngebäude anwendbar, die zu land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gehören. Die Steuerbefreiung gilt jedoch nur insoweit, als der Neubau eine Erhöhung der Steuer zur Folge haben würde. Die Vergünstigungen für den mittleren und neuesten Neuhausbesitz sind auch in das neue Grundsteuerrecht übernommen worden. Sie gelten dort jedoch nicht für Wohnungsneubauten in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Wie der neue Erlaß betont, bedeutet diese Einschränkung keineswegs, daß die Steuerbefreiungen für derartige Wohnungsneubauten ausgeschlossen sein sollen. Für sie gilt vielmehr eine Sonderregelung. Es ist ohne weiteres möglich, den Betrieb in einen steuerbegünstigten und einen nichtsteuerbegünstigten Teil zu zerlegen. Letzterer wäre nach den allgemeinen Vorschriften zur Grundsteuer heranzuziehen, während für den steuerbegünstigten Teil, das Wohngebäude des Betriebsinhabers, die Sondervorschriften der §§ 56 und 57 des Grundsteuergesetzes anzuwenden wären. Für die steuerbegünstigten Wohnungsneubauten in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die erst ab 1. April 1938 oder später in die halbe Gemeindegrundsteuerpflicht eintreten würden, haben die Gemeinden einen besonderen Hundertsatz festzusetzen.

Rückfahrkarten auch für Soldaten

Der Reichsverkehrsminister hat eine neue Verordnung zum Militärtarif für Eisenbahnen erlassen, deren interessanteste Neuerung die Einführung von Rückfahrkarten auch im Militärtarif, der sogenannten „Militärdoppelkarten", darstellt. Während die Militärfahrkarten für einfache Fahrt vier Tage gelten, beträgt die Geltungsdauer der Militärdoppelkarten einen Monat. Auf Militärfahrkarten für einfache Fahrt kann die Fahrt einmal unterbrochen werden, auf Militärdoppelkarten je einmal auf Hin- und Rückfahrt.

Die Schweiz und Spanien

Die Rede des Führers und Reichskanzlers zum Abschluß des Parteikongresses in Nürnberg ist in der Schweiz sehr viel beachtet worden. Da die spanische Frage zur Zeit stark in die Innenpolitik der Eidgenossenschaft hereinspielt, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit vor allem auch auf jenen Teil der Rede, der der Stellungnahme Deutschlands gegenüber den Vorgängen in Spanien gewidmet war. Tatsächlich ist die überwiegende Mehrheit des Schweizer Volkes der Ueberzeugung, daß die entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem nationalen Spanien und dem Bolschewismus zur bedingungslosen Kapitulation der Bundesgenossen Moskaus führen muß, wenn Europa vor einer neuen großen Gefahr aus dem Südwesten des Kontinents befreit werden soll. Nur eine freilich sehr aktive Minderheit von Marxisten, Kommunisten und einigen linksbürgerlichen Gruppen besorgt die Geschäfte des bolschewistischen Valencia-Ausschusses und schreckt dabei nicht vor den übelsten Kampfmethoden zurück. Dabei bleibt man gegenüber der maßlos-gewalttätigen Opposition der Bolschewisten aller Schattierungen hinsichtlich der Spanien-Politik des Bundesrates duldsam und unentschlossen. Gerade aus dem Munde nationalbewußter Schweizer konnte man in diesen Tagen hören, wie berechtigt die Feststellungen sind über die auffallende Hilflosigkeit und Schwäche gegenüber der bolschewistischen Gefahr.

Seit einigen Wochen hat von marxistisch-kommunistischer Seite ein Generalangriff gegen die Berner Regierung, insbesondere gegen Bundespräsident Motta, Vorsteher des für Außenpolitik zuständigen Politischen Departements, eingesetzt. Der Rücktritt des Bundesrats Motta soll erzwungen werden. Weil der Bundesrat inoffizielle Beziehungen mit dem Vertreter der nationalspanischen Regierung in Bern, Toca, unterhält, ihm das Recht des chiffrierten Depeschendienstes und den Gebrauch des CD (Corps-diplomatique)-Schildes an seinem Kraftwagen zugebilligt hat, erlauben sich die roten Blätter persönliche Beschimpfungen und Verdächtigungen des Bundespräsidenten, dessen außenpolitische Linie in der spanischen Frage stets im Einklang mit der einstimmigen Haltung der gesamten Regierung stand. Die Zugeständnisse an Toca, früher Sekretär der spanischen Gesandtschaft in der Bundeshauptstadt, haben nicht die Wirkung einer diplomatischen Anerkennung der nationalen Regierung in Burgos. Sie bedeuten lediglich, daß die schweizerische Regierung in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse in der Lage ist, die Interessen der zahlreichen, im nationalen Spanien wohnenden Schweizer am wirksamsten zu schützen. Für die Spanien-Schweizer ist der Vertrauensmann des Generals Franco in Bern von größter Bedeutung, zumal die nationalspanische Regierung über weit mehr als $^{4}/_{5}$ des spanischen Gebietes die Staatsgewalt ausübt. Toca hat nicht nur Hunderten von Schweizern die notwendigen Dokumente ausgestellt, damit sie ihre unter dem bolschewistischen Terror vernichtete Existenz wieder aufbauen, oder in den befreiten Städten ihr Hab und Gut wieder zurückerhalten konnten, sondern auch alle anderen notwendigen Erleichterungen gewährt. Im übrigen ist das Privateigentum von Schweizer Bürgern im nationalen Spanien völlig respektiert worden. In diesem Zusammenhange ist bemerkenswert, daß sich die vor kurzem in Saragossa versammelte Schweizer Kolonie an den Bundesrat gewandt und ihn gebeten hat, sofort die nationale Regierung in Spanien anzuerkennen. In einer Denkschrift werden die Gründe erwähnt und darauf hingewiesen, daß das Leben im nationalen Spanien normal verlaufe.

Seit einiger Zeit nehmen die gehässigen Kampfmethoden der marxistisch-kommunistischen und linksbürgerlichen Blätter in der Schweiz gegen Toca Formen an, die an die planmäßige Hetze gegen Wilhelm Gustloff erinnern. Bisher unbekannte Täter haben Wappenschild und Fahnenstange an den Büroräumen des nationalspanischen Vertreters in Bern gestohlen. Da die Marxisten im Großen Rat des Kantons Bern eine Interpellation eingebracht haben, die sich mit Toca beschäftigt, stellt eine schweizerische Zeitung u. a. fest: „Die Analogie zwischen der roten Hetze gegen Gustloff vor zwei Jahren und der Hetze gegen Toca geht also weiter. Auch die Hetze gegen Gustloff kam nach der Vorbereitung durch die rote Presse und nach Beschmierung eines Wegweisers ins parlamentarische Stadium, zuerst im Bündner Großen Rat, dann in den eidgenössischen Räten. Soll die Analogie noch weitergeführt werden?" Im Gegensatz zum rotspanischen Gesandten in Bern hat sich Toca stets korrekt verhalten. Sehr schlechte Erfahrung dagegen hat die Schweiz mit dem Vertreter der Sowjet-Regierung im Jahre 1918 gemacht. Im Interesse der in Rußland lebenden Schweizer haben damals die eidgenössischen Behörden die „tatsächlichen Beziehungen" mit ihm aufgenommen. Bei seinem Empfang im Bundeshaus gab er die Versicherung ab, daß sowohl er wie die Mitglieder seiner Mission sich selbstverständlich jeder bolschewistischen Propaganda enthalten werden. Nach einiger Zeit mußte jedoch der Bundesrat die Beziehungen zur Sowjetdelegation abbrechen und sie auffordern, die Schweiz zu verlassen. Ihre

SLUB
Wir führen Wissen.